

KI Erklärung

Das Bild zeigt Berlin mit Schwerpunkten auf Migration, Sicherheit, Autoverkehr, Kleingärten und nationaler Symbolik. Das Gebäude im Vordergrund steht für die Forderung nach einem ausreichend großen Berliner Abschiebezentrum, um Rückführungen effizienter durchführen zu können (S. 22). Die zahlreichen Polizeifahrzeuge greifen Forderungen nach mehr Personal, besserer Ausrüstung sowie einem dichteren Netz stationärer und mobiler Polizeiwachen auf (S. 12–13). Die breite Straße steht für die Position, dass der motorisierte Individualverkehr ein wichtiger Teil der Berliner Mobilität bleiben soll; auf Hauptstraßen soll der Verkehrsfluss verbessert werden (S. 42–43). Die Kleingärten verweisen auf das Ziel, innerstädtische Kleingartenanlagen langfristig zu erhalten und rechtlich stärker zu sichern (S. 10). Die Deutschlandflaggen greifen die im Programm mehrfach betonte nationale und patriotische Symbolik auf.

Was war schwer darzustellen?

Bildung & Schule

Gefordert werden stärkere Leistungsorientierung, veränderte Lehrpläne und Reformen bei Schule und beruflicher Bildung. Solche strukturellen Veränderungen sind im Stadtbild kaum sichtbar (S. 30–37).

Wirtschaft & Bürokratieabbau

Unternehmen sollen entlastet, Vorschriften reduziert und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert werden. Solche regulatorischen Maßnahmen lassen sich nur indirekt darstellen (S. 46–52).

Kinder, Jugend & Familie

Gefordert werden unter anderem stärkere Familienförderung, Veränderungen bei Betreuung und Jugendhilfe sowie mehr Unterstützung für Eltern. Diese Maßnahmen betreffen vor allem soziale Strukturen und den privaten Alltag und sind daher visuell schwer abzubilden (S. 57–63).

Religion & Schule

Gefordert wird ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren an Schulen. Außerdem sollen religiöse Bekundungen im Schulalltag stärker eingeschränkt werden. Solche rechtlichen und gesellschaftspolitischen Vorgaben lassen sich in einer allgemeinen Stadtansicht kaum eindeutig darstellen (S. 26).

Bundespolitische Forderungen

Mehrere Forderungen lassen sich in einem Stadtbild kaum darstellen und könnten von Berlin zudem nicht unmittelbar selbst umgesetzt werden. Dazu gehören Bundesratsinitiativen zur Abschaffung von § 188 StGB, zur Senkung von Energiesteuern und Abschaffung der CO_2-Abgabe sowie für eine Amnestie bei Verurteilungen im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen. Berlin könnte solche Änderungen nur auf Bundesebene anstoßen (S. 16, 55, 77).

WAHL LAND

Weitere Infos unter:
wahl.land/berlin